

Joachim
von Puttkamer

Umwege zum
Rechtsstaat.
Die verhandelte Reform
des polizeilichen
Machtapparats in Polen
1989/90

DOI: 10.24425/historie.2021.140445

Keywords: Poland; 1989; rule of law; political discourse; Round Table; Mazowiecki; Kiszczak; transformation

Am 24. August 1989 hielt Tadeusz Mazowiecki im Sejm eine kurze Rede, seine erste als neu gewählter Abgeordneter. Zu den Wahlen vom 4. Juni war er in der Erwartung angetreten, an einem Prozess demokratischer Reformen mitwirken zu können, der Polen schrittweise aus der kommunistischen Diktatur herausführen würde. An eine Regierungsbeteiligung hatte in seinem Umfeld zu diesem Zeitpunkt kaum jemand auch nur zu denken gewagt. Mazowiecki hatte noch im Juli, nach dem überwältigenden Wahlsieg der von der „Solidarność“ getragenen Bürgerkomitees, dringend davor gewarnt, eine Verantwortung zu übernehmen, an der die demokratische Opposition nur scheitern könne.¹ Nun war er selbst für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert, und alle Welt wartete gespannt darauf, welche Ziele er seiner Regierung setzen würde.

Mazowiecki kündigte eine grundlegende Reform des Staates an und erklärte den Kampf gegen die Hyperinflation zum Schlüssel wirtschaftlicher Reformen, die den Weg zu Marktwirtschaft und freiem Unternehmertum ebnen würden. Er versprach eine Herrschaft des Rechts (*rzędy prawa*), bei der die Bürgerrechte entsprechend internationalen Abkommen und Konventionen geachtet und die Bürger sich frei, sicher und zur politischen Teilhabe ermu-

¹ Tadeusz Mazowiecki, *Spiesz się powoli* [Beeile dich langsam], in: *Tygodnik Solidarność*, 14.7.1989, S. 2. Zur Biografie Mazowieckis siehe Roman Graczyk, *Od uwikłania do autentyczności. Biografia polityczna Tadeusza Mazowieckiego* [Von der Verstrickung zur Authentizität. Die politische Biografie Tadeusz Mazowieckis], Poznań 2015, S. 299-324; Andrzej Brzeziecki, *Tadeusz Mazowiecki. Biografia naszego premiera* [Tadeusz Mazowiecki. Biografie unseres Premiers], Warszawa 2015, S. 409-426.

tigt fühlen würden, sowie einen Staat der Gesetzmäßigkeit (*państwo praworządne*), in dem jegliches staatliche Handeln auf das Recht gegründet sei, in einer Auslegung, die dem gesellschaftlichen Rechtsempfinden entspreche. „Nur ein Recht, das das Allgemeinwohl zum Ziel hat, kann sich gesellschaftlicher Achtung und Autorität erfreuen.“² Das kam dem Ideal des Rechtsstaats (*państwo prawa*), wie es vier Monate später Eingang in die Verfassung fand, bereits sehr nahe. Mazowieckis Mahnung, auf dem Weg zu politischer Normalität müsse der Grundsatz des Kampfes, der den Gegner zu eliminieren suche, dem Grundsatz der Partnerschaft weichen, mutet noch immer hochaktuell an: „Anders kommen wir nicht vom totalitären zum demokratischen System.“³ Der designierte Premier schloss auf die berühmt gewordene Formel vom „dicken Strich“, der *gruba kreska*: Seine Regierung erbe eine schwere Hypothek und sei nur für jene Schritte verantwortlich, mit der sie Polen aus der gegenwärtigen Katastrophe herausführen wolle.

Das eingängige Bild wurde bald zum Problem. Für Mazowieckis Kritiker war der „dicke Strich“ das Sinnbild für einen nachsichtigen Umgang mit der kommunistischen Diktatur. Mazowiecki selbst hielt dagegen, dass es sich hierbei um ein gewolltes Missverständnis handele, eine absichtsvolle Verdrehung. Er habe nie dafür plädiert, die Schuldigen ungeschoren davonkommen zu lassen.⁴ Diese Kontroverse rührt bis heute an die Legitimität des am Runden Tisch verhandelten Übergangs zur Demokratie. Sie reicht seit jeher bis in die historische Forschung hinein. Zunächst etablierte sich auch international die Erfolgsgeschichte einer friedlichen Überwindung der kommunistischen Diktatur.⁵ Diese Erzählung geriet bald unter

² Tadeusz Mazowiecki, *Polska będzie inna. Przemówienie wygłoszone w Sejmie 24 sierpnia 1989 roku* [Polen wird anders sein], in: ders., *Rok 1989 i lata następne. Teksty wybrane i nowe* [1989 und die folgenden Jahre. Ausgewählte und neue Texte], Warszawa 2012, S. 37–41, hier S. 40.

³ Mazowiecki, *Polska będzie inna*, S. 37.

⁴ [Tadeusz Mazowiecki], *Porozmawiajmy o błędach. Rozmawia Ewa Milewska* [Sprechen wir über Fehler. Ein Gespräch mit Ewa Milewska], in: Mazowiecki, *Rok 1989*, S. 323–332, hier S. 326 f. Siehe Joachim von Puttkamer, *Der Mythos vom „dicken Strich“. Der 24. August 1989 und der Anfang vom Ende der Staatssicherheit*, in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin* 7/2013–2014, S. 34–66.

⁵ Gale Stokes, *The Walls Came Tumbling Down. The Collapse of Communism in Eastern Europe*, New York 1993; György Dalos, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*, München 2010; Włodzimierz Borodziej, *Vom Warschauer Aufstand zum Runden Tisch. Politik und Gewalt in Polen 1944–1989*,

Druck, politisch, aber auch wissenschaftlich. Im Mittelpunkt standen und stehen die Vereinbarungen am Runden Tisch und der Vorwurf, hier seien im Zuge einer eingeebten, „reglementierten“ Revolution undurchsichtige Nebenabreden getroffen worden, die den alten Eliten Strafflosigkeit und wirtschaftliche Privilegien, Jaruzelski das Präsidentenamt und reformwilligen Kommunisten eine gemeinsame politische Zukunft mit den linken Kräften der Opposition gesichert hätten.⁶ Dieser These einer Elitenverschwörung haben zuletzt Daria und Tomasz Nałęcz das Bild eines umfassenden gesellschaftlichen Aufbruchs entgegengesetzt.⁷ Mit Blick auf den Sicherheitsapparat hat Tomasz Kozłowski Versäumtes und Erreichtes sorgfältig gegeneinander abgewogen.⁸ Methodische Grundlage dieser Studien ist nahezu durchweg die klassische Politikgeschichte. Agnieszka Zagańczyk-Neufeld und Gregor Feindt hingegen haben sich auf das schwierige Feld einer Diskursgeschichte gewagt und herausgearbeitet, wie die gemeinsame Sprache eines Realismus, der tief in den ideengeschichtlichen Traditionen Polens wurzelte, und der gemeinsame Bezug auf die Nation die Verständigung auf einen demokratischen Übergang stabilisierten oder überhaupt erst möglich machten.⁹

in: Martin Sabrow (Hg.), *1989 und die Rolle der Gewalt*, Göttingen 2012, S. 278-303; Dragoș Petrescu, *Entangled Revolutions. The Breakdown of the Communist Regimes in East-Central Europe*, București 2014.

⁶ Antoni Dudek, *Reglamentowana Rewolucja. Rozkład dyktatury komunistycznej w Polsce 1988-1990* [Die reglementierte Revolution. Der Zerfall der kommunistischen Diktatur in Polen 1988-1990], 2. überarbeitete Ausgabe, Kraków 2014 (1. Ausgabe 2004); Krystyna Trembicka, *Okrągły stół w Polsce. Studium o porozumieniu politycznym* [Der Runde Tisch in Polen. Eine Studie zur politischen Verständigung], Lublin 2003; Siehe auch James Mark, *The Unfinished Revolution. Making Sense of the Communist Past in Central Eastern Europe*, New Haven 2010.

⁷ Daria Nałęcz/Tomasz Nałęcz, *Czas przełomu. 1989-1990* [Die Zeit des Umbruchs. 1989-1990], Warszawa 2019. Siehe zuvor auch Paulina Codogni, *Okrągły stół czyli Polski Rubikon* [Der Runde Tisch oder der Polnische Rubikon], Warszawa 2009; Jan Skórzyński, *Okrągły stół. Wyngocjowany koniec PRL* [Der Runde Tisch. Das verhandelte Ende der Volksrepublik Polen], Kraków 2019.

⁸ Tomasz Kozłowski, *Koniec imperium MSW. Transformacja organów bezpieczeństwa państwa 1989-1990* [Das Imperium des Innenministeriums und sein Ende. Die Transformation der Staatssicherheitsorgane 1989-1990], Warszawa 2019. Skeptisch dagegen Sylwia Galij-Skarbińska, *The Transformation of Civil Secret Service in Poland in 1989-1990*, Toruń 2016. Zur Kontroverse der älteren Forschung siehe Antoni Dudek, *Das polnische Jahr 1989 und der Streit um seine Interpretation*, in: Matthias Weber (Hg.), *Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven*, München 2011, S. 331-350.

⁹ Agnieszka Zagańczyk-Neufeld, *Die geglückte Revolution. Das Politische und der Umbruch in Polen 1976-1997*, Paderborn 2014; Gregor Feindt, *Auf der Suche nach*

In dieser hochpolitischen Debatte geht es bis heute um die Legitimität des verhandelten Übergangs und damit um die Grundlagen parlamentarischer Demokratie in Polen. Im Streit um Kalkül, Strategien und Denktraditionen maßgeblicher Akteure wurden politische Leitbegriffe und ihr konkreter Gebrauch bislang kaum problematisiert. Rechtsstaatlichkeit, die Herrschaft des Rechts, die Mazowiecki in seiner Antrittsrede als Ministerpräsident weit vor dem „dicken Strich“ aufrief, ist als Ziel seiner Regierung nicht strittig, gilt sie doch als selbstverständliche Grundvoraussetzung parlamentarischer Demokratie, von der allenfalls zu fragen wäre, wie weit sie in den zentralen Elementen von Bürgerrechten, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz und der Bindung allen staatlichen Handelns an Recht und Gesetz tatsächlich erfüllt wurde. Die folgende Untersuchung geht einen anderen Weg. Sie fragt, wie weit der Bezug auf den Begriff des Rechtsstaats jenseits der allgemeinen Formel von demokratischen Reformen den Umbau des Polizeiapparats strukturierte, welche Handlungsmöglichkeiten er eröffnete und welche Konflikte er überdeckte. Die Rede vom Rechtsstaat soll zunächst also als Sonde dienen, um die Probleme des verhandelten Umbruchs von der Diktatur zur Demokratie neu auszuloten.

Diese Frage ließe sich mit gutem Grund zuallererst an den Umbau der Justiz stellen.¹⁰ Die Ausgangsposition war ähnlich wie beim Polizeiapparat. Eine politisierte Staatsanwaltschaft und fügsame Richter bewahrten im Dienst der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*, PZPR) die gut 100.000 Beamten von Staatssicherheitsdienst (*Śłużba Bezpieczeństwa*) und Bürgermiliz (*Milicja Obywatelska*), der politischen und der regulären Polizei, vor wirksamer rechtlicher Kontrolle, sofern diese durch weit gefasste Befugnisse und ein politisches Strafrecht nicht ohnehin in einem nahezu rechtsfreien Raum agierten. Nicht zufällig wurden Fragen von Justiz und Polizei am Runden Tisch in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe verhandelt. Doch während die Vertreter der Opposition, gestützt auf eine lange gewachsene juris-

politischer Gemeinschaft. *Oppositionelles Denken zur Nation im ostmitteleuropäischen Samizdat 1976-1992*, Berlin 2015.

¹⁰ Frances Millard, *Polish Politics and Society*, London 1999, S. 57-76; Andrzej Rzepliński, *Die Justiz in der Volksrepublik Polen*, Frankfurt am Main 1996, S. 197-206; Joachim von Puttkamer, *Tea with the Primate. At the Roots of Political Conflict in Poland*, in: Włodzimierz Borodziej u. a. (Hg.), *From Revolution to Uncertainty. The Year 1990 in Central and Eastern Europe*, New York 2019, S. 50-79, hier S. 61-65.

tische Tradition, bei der richterlichen Unabhängigkeit früh einen Durchbruch erzielen, galt das Innenministerium als Machtbastion der untergehenden Diktatur. Hier musste sich zeigen, ob der evolutionäre Weg zu demokratischen Reformen überhaupt gangbar war. Am Umgang mit dem Innenministerium, seinen Befugnissen und seinen Beamten, schieden sich die Geister.

An Quellen herrscht kein Mangel. Die Protokolle des Runden Tisches, des Sejm und seiner Kommissionen, politische Verlautbarungen unterschiedlichster Couleur sowie interne Akten des Innenministeriums liefern reichhaltiges Material zur politischen Sprache der Zeit. Wichtige Akteure gaben seither zudem in teils langen Interviews oder in Memoiren tiefe Einblicke in ihre politischen Ziele und ihr politisches Handeln.¹¹ Eine systematische, umfassende Auswertung kann an dieser Stelle zwar nicht geleistet werden, doch schon eine schlaglichtartige Herangehensweise liefert erste Ergebnisse. Sie zeigt, dass in Bezug auf den Polizeiparapparat der Terminus Rechtsstaat zunächst von zwei anderen Begriffen überlagert oder gar verdrängt wurde: Gesetzlichkeit und Entpolitisierung. Beide Begriffe wurden von den Beteiligten unterschiedlich genutzt und teils mit gegensätzlichen Inhalten gefüllt. Darin lag ihre Stärke. Denn sie machten einen vorerst unlösbaren Konflikt überhaupt

¹¹ [Bronisław Geremek/Jacek Żakowski], *Rok 1989. Geremek opowiada, Żakowski pyta* [Das Jahr 1989. Geremek antwortet, Żakowski fragt], Warszawa 1990; Witold Bereś/Jerzy Skoczylas, *General Kiszczak mówi ... prawie wszystko* [General Kiszczak spricht ... über fast alles], Warszawa 1991; Bohdan Kopczyński, *Misja poselska – kulisy* [Die Abgeordnetenmission. Hinter den Kulissen], Warszawa 1991; Witold Bereś/Krzysztof Burnetko, *Gliniarz z „Tygodnika“*. *Rozmowy z byłym ministrem spraw wewnętrznych Krzysztofem Kozłowskim* [Der Bulle vom „Tygodnik“. Gespräche mit dem früheren Innenminister Krzysztof Kozłowski], Warszawa 1991; [Jarosław Kaczyński/Teresa Bochwic], *Odwrotna strona medalu. Z Jarosławem Kaczyńskim rozmawia Teresa Bochwic* [Die Kehrseite der Medaille. Jarosław Kaczyński im Gespräch mit Teresa Bochwic], Warszawa 1991; Leszek Lamparski, *Policja bez tajemnic* [Polizei ohne Geheimnisse], Warszawa 1993; *Alfabet braci Kaczyńskich* [Das Alphabet der Brüder Kaczyński], Kraków 2006²; [Krzysztof Kozłowski/Michał Komar], *Historia z konsekwencjami. Rozmawiają Krzysztof Kozłowski i Michał Komar* [Eine Geschichte mit Folgen. Krzysztof Kozłowski und Michał Komar im Gespräch], Warszawa 2009; [Agnieszka Romaszewska-Guzy u. a.], *Romaszewscy. Autobiografia. Ze Zbigniewem, Zofią i Agnieszką Romaszewskimi rozmawia Piotr Skwieciński* [Die Romaszewskis. Eine Autobiografie. Zbigniew, Zofia und Agnieszka Romaszewski im Gespräch mit Piotr Skwieciński], Warszawa 2014; [Michał Karnowski/Piotr Zaremba], *Alfabet Rokity. Rozmawiali Michał Karnowski i Piotr Zaremba* [Rokitas Alphabet. Im Gespräch mit Michał Karnowski und Piotr Zaremba], Kraków 2014; Jarosław Kaczyński, *Porozumienie przeciw monowładzy. Z dziejów PC* [Verständigung gegen die Alleinherrschaft. Aus der Geschichte des PC], Poznań 2016, S. 61-87.

handhabbar und legten ihn gewissermaßen auf Eis, bis den Verfechtern des Rechtsstaats in Polen mit dem Fall der Berliner Mauer und dem folgenden Zerfall kommunistischer Herrschaft im gesamten sowjetischen Machtbereich ein direkter, entschiedener Zugriff auf den bisherigen Polizeiapparat möglich wurde.

Spielarten der Gesetzlichkeit. Debatten am Runden Tisch

Die Herrschaft des Rechts (*rządy prawa*), die Mazowiecki versprach, knüpfte semantisch unmittelbar an das Konzept der Gesetzlichkeit (*praworządność*) an, welches die Staatsmacht selbst seit den frühen 1950er Jahren als sozialistische Gesetzlichkeit propagierte und durchweg für sich in Anspruch nahm. Aus dieser Warte war Gesetzlichkeit ein bereits weitgehend verwirklichtes Ziel, Verstöße dagegen waren allenfalls Abweichungen von der Norm. Die Volksrepublik Polen ist, wird und muss ein gesetzlich regiertes Land sein („[...] jest, będzie i musi być krajem praworządnym“), hatte Innenminister Kiszczak ausgerechnet in einer Fernsehansprache vom 27. Oktober 1984 betont.¹² Mit ähnlich dringenden Worten hatte Wojciech Jaruzelski am Vortag das Plenum des Zentralkomitees eröffnet. Jetzt aber, verbunden mit dem Eingeständnis, dass Pater Jerzy Popiełuszko kurz zuvor von Beamten aus Kiszczaks eigenem Ressort entführt und vermutlich auch ermordet worden war, klang dieser Satz wie eine Beschwörungsformel. Sie diente nun in besonderem Maße dazu, das Ministerium selbst zu schützen und dem Eindruck entgegenzutreten, hier gebe es eine Enklave jenseits von Recht und Gesetz. Genau diesen Vorwurf hatten Bürgerrechtler und unabhängige Rechtswissenschaftler seit Langem erhoben. Er richtete sich nicht nur an das Innenministerium, sondern ebenso sehr an die Justiz. Für sie war die unablässige Rede von der Gesetzlichkeit das Mäntelchen, das die Staatsmacht einer politisierten Justiz umhängte, um einen Anschein von Normalität zu wahren und sich von den Verbrechen der stalinistischen Jahre zu distanzieren.¹³ *Praworządność* (Gesetzlichkeit) lautete aber auch der Titel jener oppositionellen Zeit-

¹² *Wystąpienie ministra spraw wewnętrznych gen. broni Czesława Kiszczaka przed kamerami TVP* [Der Auftritt des Innenministers GenLt. Czesław Kiszczak vor den Kameras von TVP], in: *Trybuna Robotnicza* 1984, Nr 258, 29.10.1984, S. 2; Zagańczyk-Neufeld, *Die geglückte Revolution*, S. 255.

¹³ Rzepliński, *Die Justiz*, S. 45; ders., *Principles and Practices of Socialist Justice in Poland*, in: Gerd Bender (Hg.), *Recht im Sozialismus. Analysen zur Normdurch-*

schrift, in der das Helsinkikomitee Rechtsfragen verhandelte und von Repressionen berichtete. Hier war der Begriff Anklage und Forderung zugleich. „Das geltende Recht ist ungesetzlich“, verkündete die Redaktion gleich in der ersten Ausgabe und kündigte an, mit rechtstheoretischen Überlegungen und Berichten über alltägliche Repressionen die Lage des Rechtssystems in der Volkrepublik zu schildern.¹⁴ Auch die wieder eingerichtete Interventionskommission, die *Komisja Interwencji i Praworzędności NSZZ „Solidarność“*, trug den Begriff im Namen, ebenso das Kleinpolnische Komitee für den Kampf um Gesetzlichkeit (*Małopolski Komitet Walki o Praworzędność*), das oppositionelle Aktivisten im November 1984 in Krakau gegründet hatten. Für die Opposition war Gesetzlichkeit ein uneingelöster Anspruch, eng verknüpft mit der Idee der Menschen- und Bürgerrechte. Verstöße dagegen waren keine Ausrutscher, sondern Wesensmerkmal der Diktatur.

Eine Schlüsselfigur in diesem Bereich war Zbigniew Romaszewski. Gemeinsam mit seiner Frau Zofia hatte er im Mai 1977 das Interventionsbüro des Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung „KOR“ (*Komitet Samoobrony Społecznej „KOR“*, KSS „KOR“) gegründet, aus dem bald darauf das polnische Helsinkikomitee hervorgegangen war und das auch die Grundlage für die spätere Interventionskommission bildete. Das Helsinkikomitee dokumentierte Bürgerrechtsverletzungen für eine internationale Öffentlichkeit, die Interventionskommission leistete im Land tätige anwaltliche und finanzielle Hilfe. Gemeinsam bildeten sie das Rückgrat des organisierten Menschenrechtsaktivismus im Polen der 1980er Jahre.¹⁵ Als eine Art Ableger der Interventionskommission konzentrierten sich die Pazifisten von Freiheit und Frieden (*Wolność i Pokój*) auf die Rechte von Wehrdienstverweigerern. Einer ihrer Gründer, Jan Rokita, arbeitete als Anwalt eng mit der Interventionskommission zusammen.¹⁶ Gemeinsam organisierten Romaszewski und Rokita im August 1988 in Nowa Huta eine internationale Menschenrechtskonferenz mit mehr als tausend Teilneh-

setzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften (1944/45-1989), Bd. 3: Sozialistische Gesetzlichkeit, Frankfurt am Main 1999, S. 1-28.

¹⁴ *Praworzędność. Pismo Komitetu Funduszu Ochrony Praworzędności*, Nr. 1, Juni 1984, S. 1.

¹⁵ [Romaszewska-Guzy], *Romaszewscy. Autobiografia*, S. 154-165 und S. 313-376; Patryk Pleskot, *Prawo i bezprawie. Komitet Helsiński w Polsce (1982-1990)* [Recht und Unrecht. Das Helsinkikomitee in Polen (1982-1990)], Warszawa 2017.

¹⁶ [Karnowski/Zaremba], *Alfabet Rokity*, S. 74-89.

mern aus Ost und West. Jan Józef Lipski, der Gründer des KOR, saß im Präsidium, Jerzy Turowicz vom katholischen *Tygodnik Powszechny* (Allgemeine Wochenzeitung) hielt den Eröffnungsvortrag, Lech Wałęsa sandte als Ehrenvorsitzender ein Grußwort. Der Vorsitzende Richter des Krakauer Woiwodschaftsgerichts nahm ebenso teil wie Leszek Moczulski, der Gründer der nationalradikalen Konföderation Unabhängiges Polen (*Konfederacja Polski Niepodległej*), der auch führende Mitglieder des Kleinpolnischen Komitees für den Kampf um Gesetzlichkeit angehörten. Unter dem Banner der Gesetzlichkeit und der Menschenrechte konnten sich Vertreter unterschiedlicher Strömungen versammeln, von loyalen Experten des Regimes über die Führungsriege der „Solidarność“ bis hin zu strammen Antikommunisten.¹⁷

Was die Akteure jeweils mit dem Begriff der Gesetzlichkeit verbanden, lässt sich aus einigen Stellungnahmen im Vorfeld des Runden Tisches in Umrissen rekonstruieren. „Die bestehende politische Ordnung ist reformierbar“, hatte der Beraterkreis der „Solidarność“ um Lech Wałęsa im November 1987 angesichts der Veränderungen in der Sowjetunion und angesichts einer Entideologisierung der Partei in Polen postuliert und die politische Wiederbelebung der Gesellschaft, gewerkschaftlichen Pluralismus und eine Verbesserung der Gesetzlichkeit gefordert. Letztere umfasste fortan vier Punkte: Unabhängigkeit der Gerichte, freier und polizeilich nicht regulierter Zugang zu allen öffentlichen Ämtern, Milderung des Strafrechts sowie Aufhebung des Gesetzes vom Juli 1983 über das Innenministerium mit seinen weitreichenden Befugnissen für Staatssicherheit und Miliz.¹⁸ Den demokratischen und gesetzlichen

¹⁷ *Międzynarodowa Konferencja Praw Człowieka. Kraków Mistrzejowice 25-28 sierpnia 1988 r.* [Internationale Menschenrechtskonferenz. Kraków Mistrzejowice 25.-28. August 1988], [Kraków 1988]; Anna Smółka-Gnauck, *Między wolnością a pokojem. Zarys historii Ruchu „Wolność i Pokój“* [Zwischen Freiheit und Frieden. Abriss der Geschichte der Bewegung „Freiheit und Frieden“], Warszawa 2012, S. 271-276.

¹⁸ 7 listopada 1987 – *Stenogram narady przedstawicieli środowisk niezależnych zaproszonych przez Lecha Wałęsę* [7. November 1987 – Stenogramm der Konferenz von Vertretern unabhängiger Milieus, eingeladen von Lech Wałęsa], in: Włodzimierz Borodziej/Andrzej Garlicki (Hg.), *Okrągły Stół. Dokumenty i materiały*, Bd. I: *Wrzesień 1986-luty 1989* [Der Runde Tisch. Dokumente und Materialien. Bd. I: September 1986-Februar 1989], Warszawa 2004, S. 83-122 (Dok. 7), hier S. 85 und S. 122. Siehe auch 28 stycznia 1989 – *Załącznik do Informacji dziennej MSW dotyczący opracowania doradców „Solidarności” i Komitetu Obywatelskiego przy Lechu Wałęsie przygotowanego na rozmowy z władzami* [28. Januar 1989 – Anhang zur Tagesinformation des Innenministeriums

sozialistischen Staat stärken zu wollen, erklärte auch das Zentralkomitee der PZPR im Januar 1989, als es sich zu politischem und gewerkschaftlichem Pluralismus bekannte und so den Weg zum Runden Tisch öffnete.¹⁹ Der Konföderation Unabhängiges Polen ging es weniger um Reformen als ums Prinzip. Wo sie Gesetzlichkeit einforderte, beharrte sie auf der Einhaltung der Bürgerrechte gemäß den internationalen Menschenrechtspakten.²⁰ ZK-Sekretär Andrzej Wasilewski wiederum polemisierte gegen die Opposition, sie halte alle politischen Maßnahmen seit Beginn des Kriegsrechts für Unrecht und ungesetzlich.²¹ Mit dieser Haltung, die in der Forderung nach Gesetzlichkeit nur einen radikalen Kampfbegriff des politischen Feindes sehen mochte, fand er im Zentralkomitee allerdings keinen Rückhalt mehr.

Zentrale Akteure von Regime und Opposition konnten sich über tiefe Gräben hinweg darauf verständigen, dass staatliches Handeln an Recht und Gesetz gebunden sein müsse, auch wenn sie diametral gegensätzliche Auffassungen in der Frage vertraten, wie weit dieses Prinzip in der Volksrepublik Polen tatsächlich bereits verwirklicht war. Die Regierung habe vieles getan, um das Prinzip der Gesetzlichkeit und mit ihm die Bürgerrechte zu stärken, leitete Justizminister Balcer am Runden Tisch die erste Sitzung der Unterarbeitsgruppe zur Rechts- und Justizreform ein und verwies auf das neu eingerichtete Oberste Verwaltungsgericht, den Verfassungsgerichtshof, den ebenfalls neuen Bürgerrechtsobmann und auf die

bezüglich der für die Gespräche mit den Behörden vorbereiteten Ausarbeitung von Beratern der „Solidarność“ und des Bürgerkomitees bei Lech Wałęsa], in: Borodziej/Garlicki, *Okrągły Stół*, Bd. I, S. 374 f. (Dok. 99).

¹⁹ *Stanowisko Komitetu Centralnego PZPR w sprawie pluralizmu politycznego i pluralizmu związkowego* [Standpunkt des Zentralkomitees der PZPR bezüglich des politischen und des gewerkschaftlichen Pluralismus], in: *X Plenum KC PZPR 20-21 grudnia 1988 r. 16-18 stycznia 1989 r. Podstawowe dokumenty i materiały* [Das X. ZK-Plenum der PZPR vom 20.-21. Dezember 1988 und 16.-18. Januar 1989. Grundlegende Dokumente und Materialien], Warszawa 1989, S. 171-174, hier S. 171.

²⁰ *10 sierpnia 1988 – Rezolucja Rady Politycznej Konfederacji Polski Niepodległej w sprawie warunków porozumienia z władzami PRL* [10. August 1988 – Resolution des Politischen Rates der Konföderation Unabhängiges Polen bezüglich der Bedingungen einer Verständigung mit den Behörden der Volksrepublik], in: Borodziej/Garlicki, *Okrągły Stół*, Bd. I, S. 170 f. (Dok. 26).

²¹ *16-17 stycznia 1989 – Stenogram wystąpień w drugiej części obrad X Plenum KC PZPR [fragmenty]* [16.-17. Januar 1989 – Stenogramm der Reden im zweiten Teil der Beratungen des X. ZK-Plenums der PZPR], in: Borodziej/Garlicki, *Okrągły Stół*, Bd. I, S. 320-359 (Dok. 89), hier S. 340.

laufende Reform des Strafgesetzbuches.²² Als mögliche Themen schlug er vor, ganz allgemein über den Grundsatz der Gewaltenteilung zu sprechen, ebenso über die Zuständigkeit einzelner Gerichte, vielleicht auch über die richterliche Selbstverwaltung. Dem Co-Vorsitzenden von der Opposition, dem profilierten Strafrechtler Adam Strzembosz, war das zu diffus, zumal es auch darum gehe, dass die Rechtsanwendung dem politischen Belieben entzogen sein müsse. „Ich meine, dass die Gesetzlichkeit in gewissem Sinne unteilbar ist.“ Deshalb müsse man darüber sprechen, dass Innenministerium, Staatssicherheitsdienst und Bürgermiliz faktisch dem Recht nicht unterworfen seien. Solange unbescholtene Bürger festgenommen werden dürften, ohne dass die Begründung überprüft werden könne, sei es um die Gesetzlichkeit nicht gut bestellt.²³ Diese Bemerkung traf den Kern. Es ging nicht allein darum, wie weit das Prinzip der Gesetzlichkeit ganz allgemein im Alltag verwirklicht sei. Es ging um die Befugnisse und Praxis des Polizeiapparats, um Bürgermiliz und Staatssicherheit.

Die Kontrolle über den Polizeiapparat aber war für die Führung von Staat und Partei am Runden Tisch nicht verhandelbar. Die erste Niederlage hatte die Opposition bereits einstecken müssen, als sich die Regierungsseite damit durchgesetzt hatte, über Fragen der Gesetzlichkeit nicht auf höchster Ebene, sondern in einer Untergruppe zu sprechen. Damit verbunden war die Tendenz, sich auf Debatten über juristische Details einzulassen, die allenfalls Experten zugänglich waren. Über solches Expertenwissen verfügte die Opposition zwar zur Genüge, für Außenstehende hingegen war schwer vermittelbar, warum etwa der Generalstaatsanwalt dem Justizministerium untergeordnet sein müsse und was genau sich hinter einzelnen Straftatbeständen und Ordnungswidrigkeiten verbarg. Immer wieder verwies die Regierungsseite auf die laufende Strafrechtsreform, dort könne man auch über die betreffenden Paragraphen sprechen. Er sei von Anfang an nicht davon begeistert gewesen, überhaupt über Fragen der Gesetzlichkeit zu sprechen, machte Romaszewski irgendwann seiner Enttäuschung Luft. „Zum jetzigen Zeitpunkt ist das ein sehr schwieriges Thema, und

²² Stenogram z pierwszego posiedzenia podzespołu do spraw reformy prawa i sądów 11 lutego 1989 r. [Stenogramm der ersten Sitzung der Unterarbeitsgruppe zur Justiz- und Gerichtsreform vom 11. Februar 1989], in: Borodziej/Garlicki, *Okrągły Stół*, Bd. II: *Luty 1989–kwiecień 1989* [Der Runde Tisch. Bd. II: Februar 1989–April 1989], S. 369–383 (Dok. 28), hier S. 369.

²³ Ebd., S. 374.

ich habe nicht damit gerechnet, dass wir eine weitreichende Verständigung erzielen werden.“²⁴ Doch nun, da sie einmal begonnen hätten, müssten die Gespräche auch zu einem Ergebnis kommen. „Wir haben uns als Verfolger und Verfolgte an einem Tisch zusammengesetzt“, erklärte Romaszewski. Als einige Gesellschaft müssten sie von diesem Tisch wieder aufstehen, wenn sie nicht die gesamte Idee der Verständigung am Runden Tisch desavouieren wollten.²⁵

Wie weit die Auffassungen auseinanderlagen, zeigte sich in der übernächsten Sitzung. Jerzy Ciemniewski, Verfassungsrechtler an der Akademie der Wissenschaften und Mitglied des Helsinkikomitees wurde grundsätzlich. Die Befugnisse der Staatssicherheit seien derart weit gefasst, dass von Gesetzlichkeit keine Rede sein könne. Gesetzlichkeit bedeute nicht, dass staatliche Organe eine Rechtsgrundlage für ihr jeweiliges Handeln besäßen, sondern dass sie dem Recht unterlägen. Das aber sei beim Innenministerium nicht der Fall. „Wenn wir dieses Land in einen Zustand von Gesetzlichkeit überführen wollen, eine andere Gesetzlichkeit, als Andrei Januarjewitsch Wyschinski unseligen Angedenkens sie verstanden hat, dann muss diese Art von Bestimmungen [...] aus unserer Gesetzgebung verschwinden.“²⁶ Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Starszak wies diese Interpretation entschieden zurück. Gesetzlichkeit heiße, dass alle, die Bürger und die staatlichen Organe, ihre jeweiligen gesetzlichen Verpflichtungen erfüllten.²⁷ Hier ging es nicht nur um eine rechtsphilosophische Grundsatzfrage und auch nicht nur um konkrete Einzelbestimmungen, sondern darum, ob das Innenministerium in der Praxis über dem Recht stehe oder nicht. Gesetzlichkeit mochte Gesprächsgrundlage und

²⁴ *Okragły Stół. Podzespół do spraw reformy prawa i sądów. Stenogram z piątego posiedzenia Podzespołu do Spraw Reformy Prawa i Sądów w dniu 28 lutego 1989 r.* [Runder Tisch. Unterarbeitsgruppe zur Rechts- und Gerichtsreform. Stenogramm der fünften Sitzung der Unterarbeitsgruppe zur Rechts- und Gerichtsreform am 28. Februar 1989], Biblioteka Sejmowa, Warszawa 1990, Bl. 6 f. Alle Protokolle online zugänglich unter <http://www.sejm.gov.pl/Sejm7.nsf/stenOkrStol.xsp> (6.1.2021).

²⁵ *Okragły Stół. Podzespół do spraw reformy prawa i sądów. Stenogram z piątego posiedzenia*, Bl. 6-9, Zitat Bl. 7; Wanda Falkowska, *Głosowania nie było* [Es gab keine Abstimmung], in: *Prawo i bezprawie 2/1989* (23-24), S. 5-8, Zitat S. 5.

²⁶ *Okragły Stół. Podzespół do spraw reformy prawa i sądów. Stenogram z siódmego posiedzenia Podzespołu do Spraw Reformy Prawa i Sądów w dniu 10 marca 1989 r.* [Runder Tisch. Unterarbeitsgruppe zur Rechts- und Gerichtsreform. Stenogramm der siebten Sitzung der Unterarbeitsgruppe zur Rechts- und Justizreform vom 10. März 1989], Bl. 44-46, Zitat Bl. 45.

²⁷ *Okragły Stół. Podzespół do spraw reformy prawa i sądów. Stenogram z siódmego posiedzenia*, Bl. 55.

gemeinsamer Referenzpunkt sein. Doch Machtfragen wurden nicht schon allein dadurch entschieden, dass man dieselben Begriffe verwendete.

Wann immer es um Befugnisse des Sicherheitsapparats ging, habe die Opposition „tauben Ohren“ gepredigt, bilanzierte die Gerichtsreporterin Wanda Falkowska, die als Expertin den Beratungen folgte.²⁸ Ganz stimmte das nicht. Eine Einigung in Sachfragen blieb durchaus möglich. Bei einigen umstrittenen Befugnissen, etwa zu vorbeugenden Festnahmen oder dem Gebrauch des Schlagstocks, signalisierte das Innenministerium ein Einlenken.²⁹ Die Differenzen blieben dennoch unüberwindbar. Die Vertreter der „Solidarność“ gaben schließlich zu Protokoll, dass sie sich an einer bruchstückhaften Strafrechtsreform nicht beteiligen würden, um die öffentliche Meinung nicht in die Irre zu führen.³⁰

Auch Teilnehmer der anderen Arbeitsgruppen nahmen gelegentlich Bezug auf eine vielfältig interpretierbare Gesetzlichkeit. Der Kunsthistoriker Jacek Woźniakowski klagte über eine legalistische Auslegung des Begriffs, der gesellschaftliches Gerechtigkeitsempfinden außer Acht ließ, und schlug einen großen Bogen von der Zensur über die Reform des Strafrechts hin zu unabhängigen Gerichten und freien Wahlen.³¹ Andere Redner näherten sich einem rechtsstaatlichen Verständnis, indem sie *praworzędność* (Gesetzlichkeit) semantisch unmittelbar auf den Staat bezogen und so ein neues Leitbild staatlichen Handelns artikulierten. Die starke Sehnsucht der polnischen Gesellschaft nach dem Rechtsstaat („silna tęsknota do praworzędnego państwa“) sei ein guter Ausgangspunkt für die schrittweise Reform der Massenmedien, argumentierte der Vorsitzende der Presseagentur PAP, Bogdan Jachacz.³² Im Kontext von Bildungsfragen sprach ZK-Sekretär

²⁸ Falkowska, *Głosowania nie było*, S. 7.

²⁹ Trembicka, *Okrągły stół*, S. 215-230; Codogni, *Okrągły Stół*, S. 226 f.

³⁰ *Porozumienia Okrągłego Stołu* [Die Vereinbarungen des Runden Tisches], in: Borodziej/Garlicki, *Okrągły Stół*, Bd. IV: *Kwiecień 1989-czerwiec 1989* [Der Runde Tisch. Bd. IV: April 1989-Juni 1989], S. 9-110 (Dok. 1), hier S. 29.

³¹ *Stenogram z pierwszego posiedzenia podzespołu do spraw środków masowego przekazu 17 luty 1989 r.* [Stenogramm der ersten Sitzung der Unterarbeitsgruppe zu den Angelegenheiten der Massenmedien vom 17. Februar 1989], in: Borodziej/Garlicki, *Okrągły Stół*, Bd. III: *Marzec 1989-kwiecień 1989* [Der Runde Tisch. Bd. III: März 1989-April 1989], S. 153-184 (Dok. 12), hier S. 183.

³² *Stenogram z drugiego posiedzenia podzespołu do spraw środków masowego przekazu 25 lutego 1989 r.* [Stenogramm der zweiten Sitzung der Unterar-

Sławomir Wiatr davon, dass im demokratischen Rechtsstaat die Menschen zu Staatsbürgern erzogen werden müssten („by kształtować obywatela społeczeństwa obywatelskiego praworządnego i demokratycznego państwa“) wie andernorts auch in der Welt.³³ Das vielleicht umfassendste Verständnis offenbarte Henryk Tachasiuk, Arbeiter in den „Ursus“-Werken und Aktivist der „Solidarność“, als er argumentierte, die polnische Jugend wolle in einem Rechtsstaat leben, „in dem das Recht nicht den Willen der Regierungsmannschaft ausdrückt, sondern ausschließlich das gesellschaftliche Leben reguliert und unterschiedliche Interessen ausgleicht“ und in dem junge Arbeiter nicht schon dafür verhaftet würden, dass sie ihre Bürgerrechte wahrnahmen.³⁴ Solche diffusen Bezugnahmen auf den Rechtsstaat auf beiden Seiten lassen sich als tastende Suche nach einem Übergang in eine freiheitliche Demokratie verstehen, ohne dass sich daraus allerdings greifbare Einzelmaßnahmen ableiten ließen.

Immerhin erreichte die Opposition am Runden Tisch eine Verständigung über die richterliche Unabhängigkeit. Dies war ein Teilerfolg, nicht mehr, aber auch nicht weniger. „Die Frage des Rechtsstaats [*państwo prawa*], die Unabhängigkeit der Gerichte, ist für uns eine Grundsatzfrage“, hatte Tadeusz Mazowiecki gleich in der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe für politische Reformen erläutert.³⁵ Damit markierte er einen klaren Bruch zu der Rede vom *państwo praworządne*, die zwar dasselbe meinte, die Herkunft aus dem sozialistischen Sprachgebrauch aber noch nicht abgestreift hatte. Es war den Verhandlern aufseiten der Opposition klar, dass unabhängige Gerichte eine wesentliche Voraussetzung dafür waren, den staatlichen Repressionsapparat, wenn schon nicht zu kon-

beitsgruppe zu den Angelegenheiten der Massenmedien vom 25. Februar 1989], in: *Borodziej/Garlicki, Okrągły Stół*, Bd. III, S. 184-198 (Dok. 13), hier S. 189.

³³ *Stenogram z drugiego posiedzenia podzespołu do spraw młodzieży 28 lutego 1989 r.* [Stenogramm der zweiten Sitzung der Unterarbeitsgruppe zu Angelegenheiten der Jugend vom 28. Februar 1989], in: *Borodziej/Garlicki, Okrągły Stół*, Bd. III, S. 123-136 (Dok. 10), hier S. 128 f.

³⁴ *Stenogram z pierwszego posiedzenia podzespołu do spraw młodzieży 16 lutego 1989 r.* [Stenogramm der ersten Sitzung der Unterarbeitsgruppe zu Angelegenheiten der Jugend vom 16. Februar 1989 vom 28. Februar 1989], in: *Borodziej/Garlicki, Okrągły Stół*, Bd. III, S. 92-123 (Dok. 9), hier S. 106.

³⁵ *Stenogram z pierwszego posiedzenia zespołu do spraw reform politycznych, 10 lutego 1989 r.* [Stenogramm der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe zu den politischen Reformen, 10. Februar 1989], in: *Borodziej/Garlicki, Okrągły Stół*, Bd. II, S. 262-286 (Dok. 19), hier S. 286.

trollieren, so doch in rechtliche Schranken zu weisen. Mit dem Anliegen, dessen Befugnisse konkret einzuschränken, waren sie nur teilweise durchgedrungen. Der Unterschied zwischen Verfolgten und Verfolgern, den Romaszewski so plastisch formuliert hatte, blieb auch nach dem Runden Tisch bestehen. Seine Sorge, dass an diesem Punkt der gesamte Runde Tisch scheitern könne, hatte sich als unberechtigt erwiesen. Doch je mehr enttäuschte Bürgerrechtler über die andauernde Unantastbarkeit des Innenministeriums lamentierten, umso mehr sahen sich diejenigen radikalen Strömungen der Opposition, von der Bewegung Junges Polen (*Ruch Młodej Polski*) über die Konföderation Unabhängiges Polen bis hin zur Kämpfenden „Solidarność“ (*Solidarność Walcząca*) in ihrem Verdacht bestätigt, hier werde ein fauler Kompromiss geschlossen.

Das Wahlprogramm des Bürgerkomitees „Solidarność“ für die halbfreien Wahlen im Juni 1989 folgte konsequent den am Runden Tisch vorgezeichneten Linien. Kurz und bündig nannte es unter Recht und Rechtsanwendung jene Maßnahmen, die bereits in den Verhandlungen aufgerufen worden waren, von der Garantie der Bürgerrechte über die Humanisierung des Strafrechts bis hin zur Unabhängigkeit der Gerichte und der Abschaffung administrativer Haftstrafen und des vorbeugenden Arrests. Von Gesetzlichkeit, gar vom Rechtsstaat, war nicht explizit die Rede. Stattdessen griff das Wahlprogramm den Begriff der Entpolitisierung (*odpolitycznienie*) auf, der bislang vor allem auf Wirtschaft, Gesundheitswesen und Bildungseinrichtungen bezogen worden war, und dehnte ihn nun auf die Miliz aus: „Die Miliz soll entpolitisiert werden, sie sollte dem Schutz des Lebens, der Freiheit und der Habe der Bürger dienen. Wir werden wachsam und hartnäckig auf jegliche ungesetzlichen Praktiken und Verletzungen der Bürgerrechte reagieren.“³⁶ Ein Rechtsexperte des Innenministeriums skizzierte umgehend die weitreichenden Folgen dieser Formel. Man werde den Abgeordneten und Senatoren einer zukünftigen Opposition kaum den Zugang zu internen Informationen des Ministeriums verweigern können. Die Formel von einer Entpolitisierung der Miliz und einer Abschaffung der Nomenklatur, so seine Prognose, würden den Druck hin zu einer pluralistischen Struktur der Organe

³⁶ Komitet Obywatelski „Solidarność“. Program wyborczy [Bürgerkomitee „Solidarność“. Wahlprogramm], in: *Gazeta Wyborcza* [Wahlzeitung] Nr. 3, 10.5.1989, S. 5 f., Zitat S. 5.

des Innenressorts verstärken.³⁷ Innenminister Kiszczak dürfte diese Aussicht nicht eben begeistert haben.

In den ersten Monaten des Jahres 1989 war es der Opposition gelungen, den diffusen Begriff der Gesetzlichkeit in greifbare politische Forderungen zu übersetzen und einige davon auch durchzusetzen. Gemeinsam war ihnen das übergreifende Ziel, dem Recht im Alltag Geltung zu verschaffen und Willkür und Repression durch den Sicherheitsapparat abzubauen. Dessen Entpolitisierung schien der nächste, folgerichtige Schritt. Es war erklärtermaßen ein evolutionäres Programm, abgeleitet aus konkreten Alltagserfahrungen in der Diktatur. Kurzfristige Verbesserungen und langfristige Ziele gingen ineinander über. Lech Kaczyński, der in Danzig für den neu geschaffenen Senat kandidierte, schrieb in sein Wahlprogramm: „Mein Ziel ist der Rechtsstaat [*państwo praworządne*], in dem das Recht gleich bindend ist für die Staatsmacht und für die Bürger – obgleich dies kein hilfloser Staat sein darf.“³⁸ Die Forderung nach Gesetzlichkeit beschrieb den Abbau der Diktatur, die Rede vom Rechtsstaat zielte auf deren Überwindung.

Entpolitisierung. Umbau und Neubau des Machtapparats

In seiner Antrittsrede vom 24. August 1989 versprach Mazowiecki auch, direkt im Anschluss an seine Ausführungen zu Recht und Gesetzlichkeit, dass seine Regierung keine neue Armee oder Miliz schaffen wolle.³⁹ Das war ein Signal der Kontinuität und sollte die Stimmung in den Sicherheitskräften beruhigen, die unter einem

³⁷ [Bogdan Dobkowski], *Problemy prawne funkcjonowania urzędu ministra spraw wewnętrznych, jego organów oraz funkcjonariuszy SB i MO w świetle obecnej i przewidywanej sytuacji polityczno-społecznej* [Rechtsprobleme der Arbeit der Behörde des Innenministeriums, seiner Organe und der Beamten von Staatssicherheit und Bürgermiliz im Lichte der gegenwärtigen und voraussichtlichen politisch-gesellschaftlichen Situation], in: Tadeusz Walichnowski (Hg.), *Kierunki możliwych zmian i reform w resorcie spraw wewnętrznych w aktualnej i przewidywanej rzeczywistości społeczno-politycznej w Polsce (Wybór problemów jawnych do dyskusji i przemyśleń słuchaczy Studium Podyplomowego Rezerwy Wyższej Kadry Kierowniczej MSW)* [Richtungen möglicher Veränderungen und Reformen im Innenressort in der aktuellen und voraussichtlichen gesellschaftspolitischen Wirklichkeit in Polen (Eine Auswahl offenkundiger Probleme zur Diskussion und Erwägung unter den Hörern des Weiterbildenden Studiums der Reserve der Höheren Leitungskader des MSW)], Warszawa 1989, S. 18-23, hier S. 22 f.

³⁸ *Gazeta Wyborcza*, Nr. 1, 8.5.1989, S. 2.

³⁹ Mazowiecki, *Polska będzie inna*, S. 40.

Regierungschef aus der „Solidarność“ eine Hexenjagd befürchteten. Den Staatssicherheitsdienst erwähnte Mazowiecki mit keinem Wort. Am selben Tag unterzeichnete Innenminister Kiszczak eine geheime Verordnung „bezüglich der Liquidierung und der Umgestaltung einiger Organisationseinheiten des Innenministeriums“. Konkret ging es um die Reform des Staatssicherheitsdienstes. Dessen Aufgabe war fortan der Schutz der konstitutionellen Ordnung und der Wirtschaft. Diejenigen Abteilungen, die bislang die katholische Kirche und die Opposition observiert hatten, wurden aufgelöst.⁴⁰

Ob dieser Schritt mit dem designierten Premier abgestimmt war, ist unklar, zumal die Verordnung erst drei Wochen später innerhalb des Ministeriums kommuniziert wurde. In der neuen Situation war sie zumindest folgerichtig. Denn ein Milieu, aus dem Regierungschef und Regierungsmehrheit hervorgingen, konnte schlecht als staatsfeindlich observiert werden. Es gebe hier niemanden mehr, der abgehört oder beobachtet werden müsste, sagte Kiszczak höchstpersönlich Anfang September in der Fraktion der PZPR.⁴¹ Mag sein, dass er seinen Schritt als Akt der Loyalität gegenüber Mazowiecki verstand. Vor allem suchte er nach einem Weg, seinen Apparat möglichst unbeschadet in die neue politische Ordnung zu überführen und gegenüber kritischen Fragen abzuschotten. Kiszczaks Verordnung zum Umbau der Staatssicherheit lässt sich insofern als Teil jenes (Aktien-)„Kontrollpakets“ ansehen, mit dem sich die bisherige Staatspartei jenes Maß an Einfluss auf die Regierung gesichert habe, der ihr schließlich einen ungestörten Übergang in die postkommunistische Ordnung ermöglicht und den Weg zu ungehemmter Bereicherung eröffnet habe.⁴² General Jaruzelski prägte dieses eingängige Bild in einem Gespräch mit Egon Krenz am 2. November. Zu diesem Zeitpunkt mochte er noch

⁴⁰ AIPN BU 1585/11666, *Ministerstwo Spraw Wewnętrznych. Reorganizacja. Zarządzenie 075/89* [Innenministerium. Reorganisation. Verordnung 075/89]; Adrian Jusupović/Rafał Leśkiewicz (Hg.), *Historyczno-prawna analiza struktur organów bezpieczeństwa państwa w Polsce Ludowej (1944-1990). Zbiór studiów* [Historisch-juristische Analyse der Struktur der Staatssicherheitsorgane in Volkspolen (1944-1990)], Warszawa 2013, S. 258-260 (Dok. Nr. 22); Puttkamer, *Der Mythos vom „dicken Strich“*, S. 37-42.

⁴¹ *General Kiszczak o sobie i swoim resorcie* [General Kiszczak über sich und sein Ressort], in: *Gazeta Wyborcza*, Nr. 88, 8.-10.9.1989, S. 2.

⁴² Dudek, *Reglamentowana Rewolucja*, S. 365; Zagańczyk-Neufeld, *Die geglückte Revolution*, S. 296; Nałęcz/Nałęcz, *Czas przełomu*, S. 185.

glauben, dass Innenminister Kiszczak den Staatssicherheitsdienst aufrechterhalten könne. Er sollte sich täuschen.

Zunächst aber zog Kiszczak zielstrebig die Konsequenzen aus der neuen politischen Konstellation. Vor dem Innenausschuss des Sejm skizzierte er als designierter Innenminister Anfang September seine wichtigsten Vorhaben. Vor allem müssten im Staatssicherheitsdienst „alle diejenigen Strukturen aufgelöst werden, die in einer parlamentarischen Demokratie nicht akzeptiert werden können“.⁴³ Die Gesellschaft erwarte eine Entpolitisierung des Innenressorts, erläuterte er, als er kurz darauf die Zukunft der Kaderbildung innerhalb seines Ministeriums skizzierte. Politische Parteien dürften keinen Einfluss auf die polizeilichen Strukturen ausüben, denn das Innenministerium dürfe nicht zur Arena des politischen Kampfes werden.⁴⁴ Das war nicht eben das, was die Führung der „Solidarność“ im Sinn hatte, als sie wenige Wochen zuvor das Ziel einer Entpolitisierung der Sicherheitskräfte verkündet hatte, um sie der Kontrolle der bisherigen Staatspartei zu entwinden. Kiszczak meinte genau das Gegenteil.

In der folgenden Aussprache musste sich Kiszczak einigen bohrenden Fragen stellen. Abgeordnete des Bürgerkomitees wollten wissen, wie gesetzestreu und wie loyal sich seine Beamten gegenüber dem neuen Pluralismus verhalten würden und wie nach Jahrzehnten von Misstrauen und Repression die tiefe Kluft zur Gesellschaft überwunden werden könne. Ob sich das Innenministerium an einem möglichen Putsch beteiligen oder die Regierung schützen würde, wollte Jan Lityński wissen.⁴⁵ Gefragt wurde Kiszczak auch nach der Zukunft von Bereitschaftseinheiten und Hilfspolizei sowie nach der Möglichkeit einer Polizeigewerkschaft. Jeden dieser Punkte glaubte er souverän parieren zu können. Mit nur einer Gegenstimme wurde er in seinem alten, neuen Amt bestätigt.

⁴³ Archiwum Sejmu. *Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991. Protokoły Komisji Sejmowych. Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych. Nr. 1-16. 17.VIII.1989-15.III.1990*, Bd. I: *Protokół 2 posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych. 8. września 1989 r.* [Protokolle der Sejmausschüsse. Innenausschuss. Protokoll der 2. Sitzung des Innenausschusses, 8. September 1989], Bl. 8.

⁴⁴ *Protokół 2 posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych*, Bl. 10. Siehe auch Marcel Tabor, *MSW po nowemu* [Für ein erneuertes Innenministerium], in: *W służbie narodu* [Im Dienst der Nation], Nr. 39/1854, 1.10.1989, S. 2.

⁴⁵ *Protokół 2 posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych*, S. 13.

In einer langen Rede vor seinen Kommandeuren entfaltete Innenminister Kiszczak im Oktober 1989 in der Akademie in Legionowo nochmals sein Programm eines Sicherheitsapparates, der seine Aufgaben zukünftig ganz im Schutz von Verfassung und Volkswirtschaft finden und dabei weitgehend unangetastet bleiben sollte. Der Kampf gegen Technologiespionage oder Veruntreuung von Volkseigentum gerade bei internationalen Kooperationen bot demzufolge ein immer wichtigeres Betätigungsfeld. Außerdem würden einige Abteilungen der Staatssicherheit zukünftig hausintern der Bürgermiliz zugeordnet werden. So ließe sich auch die organisatorische Einheit von Staatssicherheit und Miliz bewahren, die seit Langem Fuhrpark und Logistik, medizinische Versorgung und Urlaubsresorts miteinander teilten.⁴⁶

Was Kiszczak zwei Monate zuvor in seiner Verordnung zur Reform der Staatssicherheit skizziert hatte, nahm nun Konturen an. Der Minister sprach zu einem verunsicherten Ressort. Er schwor seine Beamten auf die neue Ordnung ein, nahm sie gegen Vorwürfe in Schutz und zeigte Verständnis dafür, dass viele verbittert auf öffentliche Zweifel an ihrer fachlichen Qualifikation und ihrer Gesetzes-treue reagierten und Kritik an vermeintlichen Privilegien als verletzend empfanden. Kein Beamter würde durch die interne Neustrukturierung an Status verlieren. Gesetzlichkeit blieb in vertrauter Diktion der Maßstab institutionellen und individuellen Handelns, unter den Bedingungen neuer, unkontrollierter Öffentlichkeit mehr noch als zuvor. Kiszczak sprach zu seinen Kommandeuren zugleich als Parteimitgliedern. Hatte er vor dem Innenausschuss des Sejm die Entpolitisierung des Ressorts noch als Entparteilichung (*odpartyjnienie*) bezeichnet, erklärte er nun, dass dies keinesfalls als Signal zu verstehen sei, die Partei zu verlassen. Deren Tätigkeit würde sich nur in den privaten Bereich verlagern.⁴⁷ Auch wenn er das bisherige Modell des Sozialismus für anachronistisch hielt, ließ Kiszczak doch keinen Zweifel daran, dass der polnische Staat auch weiterhin ein

⁴⁶ AIPN BU 01185/12 1989 r. (Teil I), *Wystąpienie Ministra Spraw Wewnętrznych na odprawie kierowniczego aktywu w dniu 16.10.1989 roku* [Auftritt des Innenministers auf der Leitungskonferenz des Aktivs am 16. Oktober 1989], Bl. 493-573. Auszüge in Antoni Dudek (Hg.), *Zmierzch dyktatury. Polska lat 1986-1989 w świetle dokumentów*, Bd. II (Juni-Dezember 1989) [Der Niedergang der Diktatur. Polen 1986-1998 im Lichte der Dokumente. Bd II (Juni bis Dezember 1989)], Warszawa 2010, S. 326-339 (Dok. 149). Siehe Dudek, *Reglamentowana Rewolucja*, S. 408; Puttkamer, *Der Mythos vom „dicken Strich“*, S. 52-57.

⁴⁷ AIPN BU 01185/12 1989 r. (Teil I), *Wystąpienie*, Bl. 509; Dudek, *Zmierzch dyktatury*, Bd. II, S. 332.

sozialistischer Staat sein würde, in dem die PZPR bei der Umsetzung der Reformen, die sie selbst angestoßen hatte, eine wichtige Rolle spielen würde.⁴⁸ Er dachte in längeren Zeiträumen und ging offenbar davon aus, dass die äußeren Rahmenbedingungen sowjetischer Hegemonie in einem sich reformierenden Ostblock stabil bleiben würden. Keine vier Wochen später fiel die Berliner Mauer. Sein Programm zerfiel Kiszczak fortan unter den Händen. Das „Kontrollpaket“ wurde hinfällig.

Eine der ersten Positionen, die Kiszczak räumen musste, war der Erhalt der Freiwilligen Reserve der Bürgermiliz (*Ochotnicza Rezerwa Milicji Obywatelskiej*, ORMO), in der Hunderttausende Hilfspolizisten in ihrer Freizeit Diebe und Einbrecher verfolgten, bei kleineren Ordnungswidrigkeiten Strafmandate verteilten oder Betrunkene einsammelten. In Legionowo hatte er die ORMO noch als großen Verbündeten beim Schutz der öffentlichen Ordnung bezeichnet. Sie galt ihm als Grundpfeiler sozialistischer Moral.⁴⁹ Kaum sechs Wochen später beschloss der Sejm ihre Auflösung.⁵⁰ Kurz darauf musste Kiszczak auch in der Frage von Milizgewerkschaften nachgeben. Diesen hatte er bereits vor dem Innenausschuss des Sejm eine klare Absage erteilt. In Legionowo warf er den Initiatoren Wankelmütigkeit und mangelnden politischen Verstand vor.⁵¹ Die Dynamik, welche die Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Miliz entfaltete, ließ sich jedoch nicht lange unterdrücken. Bald ging es nur noch darum, die Bildung mehrerer konkurrierender Gewerkschaften zu verhindern und auf eine Einheitsgewerkschaft hinzuwirken. Anfang Januar ließ sich Kiszczak widerstrebend auf eine Übereinkunft ein und gestand den Milizgewerkschaftern vor allem in Personalfragen eine zentrale Mitsprache bei der Neuorganisation seines Ressorts zu.⁵²

Initiativen für eine Milizgewerkschaft datierten bis in das Jahr 1981 zurück und zielten schon damals darauf, der Korruption innerhalb

⁴⁸ AIPN BU 01185/12 1989 r. (Teil I), *Wystąpienie*, Bl. 494, S. 506-508 und S. 515; Dudek, *Zmierzch dyktatury*, Bd. II, S. 330 f. und S. 336.

⁴⁹ AIPN BU 01185/12 1989 r. (Teil I), *Wystąpienie*, Bl. 568.

⁵⁰ Kozłowski, *Koniec imperium MSW*, S. 163-165; Dudek, *Reglamentowana Rewolucja*, S. 416 f. Siehe auch Kopczyński, *Misja poselska*, S. 34-76.

⁵¹ Archiwum Sejmu. *Protokół 2 posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych*, Bl. 18; AIPN BU 01185/12 1989 r. (Teil I), *Wystąpienie*, Bl. 499 und Bl. 519; Dudek, *Zmierzch dyktatury*, Bd. II, S. 327 und S. 338.

⁵² Puttkamer, *Der Mythos vom „dicken Strich“*, S. 60 f.; Lamparski, *Policja bez tajemnic*, S. 35-48; [Kozłowski/Komar], *Historia z konsekwencjami*, S. 264-271.

der Bürgermiliz den Boden zu entziehen.⁵³ Nun bot die angekündigte Entpolitisierung der wieder aufkommenden Gewerkschaftsbewegung eine Perspektive, die Miliz vom Stigma politischer Instrumentalisierung zu befreien und ihr soziales Ansehen zurückzugewinnen. Sie nahmen ihren Minister beim Wort.⁵⁴ Hinzu kam der Unmut gegen die Politik der Ressortspitze, Offizieren der Staatssicherheit eine neue berufliche Perspektive in den regulären Polizeikräften zu geben. Deren Angehörige sahen eigene Aufstiegsmöglichkeiten schwinden und fürchteten um den Ruf der Miliz. Von einer maßvollen Personalreduzierung, wie Kiszczak sie noch in Legionowo skizziert hatte, konnte ohnehin nicht mehr die Rede sein. Anfang Januar versetzte Kiszczak sämtliche Beamten der Staatssicherheit, die in der Provinz ihren Dienst taten, kurzerhand zur Miliz. Hatte das Innenministerium im November noch knapp 7.500 Beamte der Staatssicherheit gezählt, waren es nun kaum noch die Hälfte.⁵⁵ Nun drohte ihm sein Ressort unter den Händen zu zerfallen. Qualifizierte Techniker quittierten in Scharen den Dienst. Ungeduldig fragten Beamte in der Provinz, wie die Entpolitisierung aussehen werde, forderten endlich den Beginn einer substantiellen Reform und drängten darauf, dass ihr vielfach kompromittierter Minister seinen Hut nehme.⁵⁶

Mit der erklärten Loyalität gegenüber Ministerpräsident Mazowiecki hatte sich Kiszczak zunächst als Schutzschild gesehen, um das Innenministerium dem Zugriff des Bürgerklubs zu entziehen. Auch diese Position ließ sich nicht lange halten. Im Dezember setzten sich einige Abgeordnete des Bürgerklubs mit der Forderung durch, ein Beratergremium aus Vertretern aller Parteien einzusetzen, das die Reform des Ministeriums vorantreiben sollte. Aus sich selbst heraus könne sich das Innenressort nicht reformieren, hatte

⁵³ Jakub Szumski, *Rozliczenia z ekipą Gierka 1980-1984* [Die Abrechnung mit Giereks Mannschaft 1980-1984], Warszawa 2018, S. 264-280.

⁵⁴ *List otwarty 54 funkcjonariuszy MO* [Offener Brief von 54 Beamten der Bürgermiliz], in: *Gazeta Wyborcza*, Nr. 91, 13.9.1989, S. 4; Adam K. Podgórski, *Co się wydarzyło w Piekarach* [Was in Piekary geschah], in: *W służbie narodu*, 39/1854, 1.10.1989, S. 2 f.; *Niezależnie od układu sił politycznych* [Unabhängig von der politischen Konstellation], in: *Gazeta Wyborcza*, Nr. 129, 7.11.1989; *O czym marzy milicja, gdy się zmieniać zaczyna* [Wovon die Miliz träumt, wenn sie anfängt sich zu verändern], in: *Gazeta Wyborcza*, Nr. 139, 28.11.1989.

⁵⁵ AIPN BU 1585/14454 *Służba Bezpieczeństwa – stan etatowy, przekształcenia organizacyjno-funkcyjne i kadrowe. Notatka z 24.1.1990* [Staatssicherheitsdienst – Stellenplan, organisatorische und Kaderveränderungen. Notiz vom 24.1.1990], Bl. 3-6.

⁵⁶ AIPN BU 1585/364. *Gabinet Ministra. Reorganizacja Resortu* [Ministerbüro. Reorganisation des Ressorts], Bl. 138-146, hier Bl. 140.

Bohdan Kopczyński schon Ende September im Sejm proklamiert.⁵⁷ Benannt wurde unter anderem der prominente Bürgerrechtsanwalt Jacek Taylor.⁵⁸ Auch dieses Gremium wurde von den Ereignissen bald überrollt. Anfang Februar wurde mit Krzysztof Kozłowski ein Mitglied des Bürgerklubs als neuer Vizeinnenminister ernannt. In seinen Erinnerungen erklärte Kiszczak später, zuvor selbst mehrfach bei Mazowiecki in dieser Sache vorstellig geworden zu sein, um so für seinen eigenen Posten einen möglichen Nachfolger anzulernen, dem der Premier uneingeschränkt vertrauen würde.⁵⁹ Belegen lässt sich das nicht. Der Vorgang verweist auch mehr auf einen schwelenden Konflikt als darauf, dass Mazowiecki noch bis in die ersten Monate des Jahres 1990 hinein das Innenministerium nicht habe antasten wollen. So oder so, das Konzept einer Entpolitisierung des Ressorts, wie Kiszczak sie verstand, hatte sich mit Kozłowskis Ernennung erkennbar erledigt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Kiszczak auch die Kontrolle über die anlaufende Polizeireform an den Sejm verloren. Noch im Dezember hatte sein Ressort drei aufeinander abgestimmte Gesetzentwürfe vorgelegt. Dabei spielte ihm in die Hände, dass der Bürgerklub in diesem Punkt schon deshalb reichlich unvorbereitet war, weil das Innenministerium am Runden Tisch eine Reform noch erfolgreich abgeblockt hatte. Gestützt auf das Zentrum für staatsbürgerliche Gesetzesinitiativen (*Centrum Obywatelskich Inicjatyw Ustawodawczych*) hatte dieser jedoch bald nachgezogen und seinerseits drei Entwürfe präsentiert, die Bürgermiliz und Verfassungsschutz weitgehend voneinander entflochten.⁶⁰ Der Innenausschuss des Sejm führte schließlich beide Varianten mit dem Ergebnis zusammen, dass die neue Staatsschutzbehörde und die nun wieder Polizei genannte ehemalige Bürgermiliz nahezu völlig aus dem Innenministerium ausgekoppelt wurden.⁶¹ Damit war auch Kiszczaks Anliegen hinfällig, beide Dienste wie bisher über gemeinsame Logistik und eine gemeinsame technische Ausstattung wenigstens halbwegs zusammenzuhalten.

⁵⁷ Kopczyński, *Misja poselska*, S. 15.

⁵⁸ AIPN BU 1585/364, *Gabinet Ministra. Reorganizacja Resortu*, Bl. 128; Kozłowski, *Koniec imperium MSW*, S. 125 f.

⁵⁹ Bereś/Skoczylas, *Generał Kiszczak mówi*, S. 278; Dudek, *Reglamentowana Rewolucja*, S. 424.

⁶⁰ Kozłowski, *Koniec imperium MSW*, S. 163-172; Galij-Skarbińska, *The Transformation*, S. 64-66.

⁶¹ Kozłowski, *Koniec imperium MSW*, S. 173-181.

Schon vor der ersten Lesung war Kiszczak im Ministerrat heftig mit Jacek Kuroń in der Frage aneinandergeraten, welche geheimdienstlichen Befugnisse der neue Staatsschutz überhaupt noch haben dürfe.⁶² Kuroń, inzwischen Arbeitsminister, verwies auf eigene langjährige Erfahrungen. Erneut verhandelte ein Verfolgter mit seinem früheren Verfolger, jetzt aber auf Augenhöhe. Im Innenausschuss ließ sich Kiszczak zu der Bemerkung hinreißen, wenn man das Ministerium zur Unterabteilung des Ministerpräsidentenbüros degradiere und den Staatssicherheitsdienst abschaffe, werde man in drei bis vier Jahren sicherlich noch einmal auf das Problem zurückkommen.⁶³ Seine Nerven lagen blank. Krzysztof Kozłowski, der zwei Tage später sein Amt als Vizeminister antrat, äußerte später den Eindruck, dass Kiszczak weitgehend resigniert habe.⁶⁴ Im Sejm waren sich Redner aller Parteien ohnehin einig, dass ein demokratischer Rechtsstaat und seine Bürger, wie Vizeminister Pudysz es formulierte, Sicherheitskräfte bräuchten, die ihrerseits gesetzlich und unter gesellschaftlicher Kontrolle handelten.⁶⁵ Als die Gesetze zwei Monate später in Kraft traten, übernahm Kozłowski die Leitung des neuen Staatsschutzbüros. Mit ihm zogen frühere Anarchisten, bärtig und in Wollpullovern, die noch bis vor Kurzem von ihren Vorgängern und jetzigen Kollegen observiert und bedrängt worden waren, in die Behörde ein. Bald waren sie legendär.⁶⁶

Die nächste Niederlage musste Kiszczak in der Frage der Verifizierung einstecken. Das Thema lag in der Luft, seit sich eine vom Bürgerklub geführte Regierung abzeichnete. Noch am Tag von Mazowieckis Inauguration hatte die *Gazeta Wyborcza* (Wahlzeitung) vor einer „solidarnościowa weryfikacja“, einer ideologisch

⁶² *Ebd.*, S. 167-169.

⁶³ Archiwum Sejmu. *Sejm PRL/RP – X Kadencja 1989-1991. Protokoły Komisji Sejmowych. Komisja Administracji Spraw Wewnętrznych*. Nr. 1-16. 17.VIII.1989-15.III.1990, Bd. I: *Protokół posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych (14) oraz ustawodawczej (78), 7. marca 1990 r.* [Protokoll der Sitzung des Innen- und Legislativen Ausschusses, 7. März 1990], Bl. 470-544, hier Bl. 480.

⁶⁴ Bereś/Burnetko, *Gliniarz z „Tygodnika“*, S. 35; [Kozłowski/Komar], *Historia z konsekwencjami*, S. 258.

⁶⁵ *Sejm Rzeczypospolitej Polskiej Kadencja X. Sprawozdanie stenograficzne z 21 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 9 lutego 1990 r.* [Sejm der Republik Polen. X. Sitzungsperiode. Stenografisches Protokoll der 21. Sitzung des Sejms der Republik Polen am 9. Februar 1990], Warszawa 1990, S. 41. Online zugänglich unter https://bs.sejm.gov.pl/exlibris/aleph/a22_1/apache_media/GNBKIBXJK5P4K2AMVEJBQ9C7CL6PEK.pdf (26.2.2021).

⁶⁶ [Kozłowski/Komar], *Historia z konsekwencjami*, S. 268-271.

motivierten Hetzjagd auf Fachleute in den Ministerien mit Hintergrund in der Nomenklatura gewarnt, denn sie könne den friedlichen Machtwechsel gefährden.⁶⁷ Zunächst ging es um Loyalität. Ende September hatte einer der radikaleren Antikommunisten des Bürgerklubs gefordert, dass jeder Beamte einen neuen, unpolitischen Diensteid ablegen müsse. Bewusst hatte er das „hässliche Wort“ einer Verifizierung benutzt.⁶⁸ Er hatte keinen Hehl daraus gemacht, dass es ihm vordergründig zwar um den Diensteid, tatsächlich aber um eine Erneuerung des gesamten Sicherheitsapparats ging. Rückblickend nahm er für sich in Anspruch, eine wichtige Debatte angestoßen zu haben.

Ernsthaft auf die Tagesordnung kam auch dieses Thema allerdings erst mit den Entwürfen über die Polizeireform. Nun ging es darum, welches Personal die reformierten Dienste dringend brauchten und wem sie eine berufliche Zukunft bieten durften. Ein wesentlicher Anstoß kam aus der Miliz selbst, die mit den früheren Kollegen von der Staatssicherheit nichts mehr zu tun haben wollten. Die Positionen lagen vor allem innerhalb des Bürgerklubs und der „Solidarność“ weit auseinander. Während Lech Wałęsa im Gespräch mit Milizgewerkschaftern früh dafür plädierte, auch bei den Kollegen von der Staatssicherheit christliche Nächstenliebe walten zu lassen, haderte Zbigniew Romaszewski im Senat noch im April 1990 damit, dass nur die Beamten der Staatssicherheit, nicht aber sämtliche 80.000 Milizbeamte überprüft werden sollten.⁶⁹ Kiszczak selbst versuchte die Verifizierung zunächst so weit wie möglich herunterzuspielen und plädierte Anfang März 1990 stattdessen im Sinne von Kompetenz und Kontinuität für eine mehrmonatige Bewährungsfrist in den jeweiligen neuen Diensten. Denn irgendwelchen Verifizierungskommissionen werde die Gesellschaft nicht vertrauen.⁷⁰ Doch da waren die Würfel bereits gefallen. Von etwa 14.000 Beamten der Staatssicherheit, die eine Verifizierung beantragten, erhielten schließlich drei Viertel einen positiven Bescheid, auch wenn dieser noch keine Übernahme in Staatsschutz oder Poli-

⁶⁷ Sławomir Dąbrowski, *Dobry fachowiec, ale partyjny* [Ein guter Fachmann, aber parteilich], in: *Gazeta Wyborcza*, Nr. 77, 24.8.1989, S. 5.

⁶⁸ Kopczyński, *Misja poselska*, S. 14-32, hier S. 16; Puttkamer, *Tea with the Primate*, S. 55-57.

⁶⁹ Kozłowski, *Koniec imperium MSW*, S. 189-192; Lamparski, *Policja bez tajemnic*, S. 44.

⁷⁰ Kozłowski, *Koniec imperium MSW*, S. 190; Archiwum Sejmu. *Protokół posiedzenia Komisji Administracji i Spraw Wewnętrznych (14) oraz ustawodawczej (78)*, Bl. 472 v.-477.

zei garantierte. Weitere 10.000 Beamte, darunter vor allem höhere Ränge, stellten erst gar keinen Antrag oder wurden aus Altersgründen ohnehin frühpensioniert.⁷¹

Von Entpolitisierung war in diesen Debatten nur noch wenig die Rede. Als Jerzy Zimowski für den Bürgerklub Anfang April 1990 vor dem Sejm das Ergebnis der Kommissionsarbeit vorstellte, kam er jedoch insofern nochmals auf den Begriff zurück, als die nun vollendete Entpolitisierung der reformierten Polizei nur ein erster Schritt sein könne, um das Vertrauen der Gesellschaft in die Sicherheitskräfte wiederherzustellen. „Wir machen uns hier keine Illusionen.“⁷² Die Gesellschaft werde die Polizei noch lange im Verdacht haben, die alte Ordnung wiederherstellen zu wollen. Für Kiszczak waren solche Worte Anlass genug, zum Ende der Debatte nochmals daran zu erinnern, dass er und die Seinen überhaupt erst mit einer Entpolitisierung der Sicherheitskräfte begonnen hätten und dass sie zu keinem Zeitpunkt das Vertrauen Mazowieckis enttäuscht hätten, zumal er ja den Dialog am Runden Tisch und den folgenden Reformprozess selbst von Anfang an aktiv unterstützt habe.⁷³ Ob er unter Entpolitisierung immer noch etwas völlig anderes verstand als seine Gesprächspartner aus der ehemaligen Opposition, spielte schon keine Rolle mehr. Mit seinem Versuch, den Zugriff des politischen Gegners auf sein Ressort abzuwehren, war er längst gescheitert. Nun sorgte er sich nur noch um seinen Platz in den Geschichtsbüchern.⁷⁴ Entpolitisierung war zu einem Schlüsselwort dafür geworden, wie weit die Vergangenheit des Polizeiparats dessen Zukunft belasten würde.

Umwege zum Rechtsstaat

„Mit dem neuen Polizeirecht versuchen wir, wie ich meine, auf diesem Gebiet recht eindeutig mit der Tradition des totalen Staates zu

⁷¹ Bereś/Burnetko, *Gliniarz* z „Tygodnika“, S. 41-46; Kozłowski, *Koniec Imperium MSW*, S. 187-226; Galij-Skarbińska, *The Transformation*, S. 114-127.

⁷² *Sejm Rzeczypospolitej Polskiej Kadencja X. Sprawozdanie stenograficzne z 25 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 5 i 6 kwietnia 1990 r.* [Sejm der Republik Polen. X. Sitzungsperiode. Stenografisches Protokoll der 25. Sitzung des Sejms der Republik Polen am 5. und 6. April 1990], Warszawa 1990, S. 131. Online zugänglich unter https://bs.sejm.gov.pl/exlibris/aleph/a22_1/apache_media/6MAX24YVJ3T5JE4RLTV86SDU4TTREN.pdf (26.2.2021).

⁷³ *Sprawozdanie stenograficzne z 25 posiedzenia Sejmu*, S. 211 f.

⁷⁴ Kozłowski, *Koniec imperium MSW*, S. 291.

brechen.⁷⁵ Mit dieser Überlegung hatte Jan Rokita als Berichterstatter des Bürgerklubs am 9. Februar die erste Lesung der Polizeigesetze eröffnet. Mit einigen knappen Sätzen zerpflückte er die Vorstellung, das Innenministerium habe zumindest in den vergangenen Jahren irgendeiner Gesetzlichkeit unterlegen. Er sprach von einem Polizeistaat, und weil der Sicherheitsapparat selbst breit gefasste Vorschriften nicht respektieren konnte, habe er sie einfach gebrochen. Mit der Gründung einer neuen Polizei erfolgte die Abrechnung mit der alten.

Rokita, seit den Tagen der Interventionskommission Romaszewskis enger Weggefährte, leitete seit August 1989 jenen Sonderausschuss des Sejm, der sämtliche Todesfälle in Milizgewahrsam nochmals aufrollte, welche die Helsinkikommission in den vergangenen Jahren zusammengetragen hatte. Wer ein wirklich rechtsstaatliches Polen („rzeczywiście praworządnej Polski“) wolle und nichts zu verbergen habe, werde dieses Vorhaben unterstützen, hatte der Initiator seinen Antrag begründet.⁷⁶ Es ging um etwa einhundert Fälle, und nicht nur Rokita hoffte, auf diesem Weg das Innenministerium insgesamt an den Pranger stellen zu können. In den ersten Monaten hatte er allerdings nicht viel erreicht, und dies nicht etwa, weil das Ministerium, wie er später beklagte, die entsprechenden Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt habe.⁷⁷ Tatsächlich hatte sich die später nach Rokita benannte Kommission früh darauf verständigt, keine eigenen Ermittlungen anzustellen, sondern zu prüfen, ob seinerzeit korrekt gegen Beamte ermittelt worden war.⁷⁸ Eher zufällig war Rokita dann im Dezember 1989 darauf gestoßen, dass im Innenministerium in großem Stile Akten

⁷⁵ *Sprawozdanie stenograficzne z 21 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej*, S. 29.

⁷⁶ *Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Kadencja X. Sprawozdanie z 4 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej 31 lipca, 1 i 2 sierpnia* [Sejm der Volksrepublik Polen. X. Sitzungsperiode. Stenografisches Protokoll der 4. Sitzung des Sejms der Volksrepublik Polen am 31. Juli, 1. und 2. August 1989], S. 298. Online zugänglich unter https://bs.sejm.gov.pl/exlibris/aleph/a22_1/apache_media/U6B8SY4FJ2HCCSEMKK4DKYQ9NIGA7H.pdf (26.2.2021).

⁷⁷ Jan Rokita/Antoni Dudek, *Raport Rokity. Sprawozdanie Sejmowej Komisji Nadzwyczajnej do Zbadania Działalności MSW* [Rokitas Bericht. Abschlussbericht der außerordentlichen Sejmkommission zur Erforschung der Tätigkeit des Innenministeriums], Kraków 2005, S. 7-17.

⁷⁸ Joachim von Puttkamer, *Enttäuschte Erwartungen. Die strafrechtliche Aufarbeitung kommunistischer Diktatur in Polen*, in: Jörg Ganzenmüller (Hg.), *Recht und Gerechtigkeit. Die strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturen in Europa*, Wien 2017, S. 173-194, hier S. 178-184.

vernichtet wurden. Mit einer spektakulären Pressekonferenz hatte er Kiszczak dazu gezwungen, den vermeintlichen Routinevorgang zu stoppen, wenige Tage bevor er im Sejm die Debatte über die Polizeireform eröffnete. Dies war Rokitas größter Erfolg und Kiszczaks vielleicht größte Niederlage in diesen Monaten. Denn als die Aktenvernichtung publik wurde, war dessen Versuch hinfällig, sein Ressort und vor allem sich selbst als Mazowiecki gegenüber loyal darzustellen.⁷⁹

Als der Sejm zwei Monate später abschließend über die Polizeigesetze abstimmte, rief Rokita dazu auf, einen Umbruch in der kollektiven Haltung gegenüber den Sicherheitskräften zu bewirken.⁸⁰ Einen solchen „neuen Blick“ der Gesellschaft auf das Ressort und seine Beamten hatte Anfang Februar auch schon Vizeminister Pudysz gefordert, zumal die allermeisten Beamten aus seiner Sicht mit den dunklen Zeiten des Stalinismus längst nichts mehr zu tun hätten.⁸¹ Verhandelt wurde mit den institutionellen Reformen auch über das Vertrauen in die neue Polizei, ihr vielleicht wichtigstes Gut. Um dieses Vertrauen war es schon deshalb nicht gut bestellt, weil sich innerhalb von „Solidarność“ und Bürgerklub auch in diesem Punkt ein tiefer Graben zu öffnen begann. Seit Wochen trieb Jarosław Kaczyński die Regierung mit dem Vorwurf vor sich her, Mazowiecki habe sich viel zu lange viel zu kulant gegenüber den alten Eliten gezeigt.⁸² Romaszewski polemisierte im Senat, die Sicherheitskräfte bekämen nur einen neuen Anstrich.⁸³ Bald darauf musste sich Jan Rokita von Antoni Macierewicz den Vorwurf anhören, die von ihm geleitete Kommission verwische die Spuren der Verbrechen des Innenministeriums, statt sie aufzuklären. Das war grob ungerecht und untergrub das Vertrauen in die neue politische Ordnung, noch ehe diese überhaupt Wurzeln geschlagen hatte. Doch hinter verschlossenen Türen machten die Abgeordneten die Erfahrung, dass ihnen in vielen Fällen tatsächlich die Hände gebunden waren, weil sie zwar eklatante Versäumnisse, aber kaum strafrechtlich relevante Befunde nachweisen konnten.⁸⁴ Rokita

⁷⁹ Tadeusz Mazowiecki, *Wiedziałem, że się uda. Rozmawia Teresa Torajska* [Ich wusste, es würde gelingen. Im Gespräch mit Teresa Torajska], in: Mazowiecki, *Rok* 1989, S. 123-171, hier S. 163.

⁸⁰ *Sprawozdanie stenograficzne z 25 posiedzenia Sejmu*, S. 149.

⁸¹ *Sprawozdanie stenograficzne z 21 posiedzenia Sejmu*, S. 41.

⁸² Puttkamer, *Tea with the Prime*, S. 69-75.

⁸³ Kozłowski, *Koniec imperium MSW*, S. 182; Galij-Skarbińska, *The Transformation*, S. 103-108.

⁸⁴ Puttkamer, *Enttäuschte Erwartungen*, S. 182.

selbst skizzierte am 5. Juni die Aufgaben der Kommission, wie er sie sah. Sie müsse zum einen prüfen, ob die Staatsanwaltschaft seinerzeit korrekt ermittelt und gesetzlich gehandelt habe. Zum anderen fordere die Gesellschaft, die jeweiligen Schuldigen zu benennen.⁸⁵ Präziser ließ sich die Spannung zwischen rechtlichen Verfahren und öffentlichen Erwartungen kaum benennen.

Gesetzlichkeit und Entpolitisierung waren Begriffe des Übergangs. Sie benannten Leitbilder für eine zukünftige Polizei, auf die sich das alte Regime und die im Bürgerkomitee der „Solidarność“ organisierte Opposition verständigen konnten. Sie strukturierten auch die Debatte über die Vergangenheit. Kiszczak und die Seinen konnten sich unter Berufung auf diese Leitbegriffe von den Jahren des Stalinismus distanzieren, Romaszewski und Rokita konnten mit diesen Begriffen die kommunistische Diktatur als Ganzes angreifen und delegitimieren. Entscheidend für die Debatten zwischen dem Frühjahr 1989 und dem Frühjahr 1990 war, dass der Dissens, inwieweit insbesondere Grundsätze der Gesetzlichkeit seit den fünfziger und insbesondere in den achtziger Jahren beachtet oder vielmehr mit Füßen getreten worden seien, vorerst nicht ausgetragen werden musste. In diesem Punkt durfte der gesellschaftliche Konflikt auch im Kompromiss sichtbar bleiben. Sich auf Gesetzlichkeit und Entpolitisierung zu berufen, war zudem ein gemeinsames Signal an Zehntausende Amtsträger auch im Innenministerium, dass ihre Zukunft in loyaler Pflichterfüllung liegen könnte und dass die ehemals Verfolgten nicht auf Rache sannen.⁸⁶ So konnten auch die Generäle im Sommer und Herbst 1989 nach außen hin und wohl auch vor sich selbst den Eindruck von Loyalität gegenüber der Regierung Mazowiecki vermitteln, zu einer Zeit, als die außenpolitischen Rahmenbedingungen einen direkten Zugriff des Bürgerkomitees auf Polizeiapparat und Armee ohnehin als kaum denkbar, zumindest aber als nicht ratsam erscheinen ließen. Der gemeinsame Bezug auf Gesetzlichkeit und Entpolitisierung war in diesem Sinne politisch klug, aber auch bequem. Mit

⁸⁵ Archiwum Sejmu. *Sejm PRL/RP – X Kadencja (1989-1991). Protokoły Komisji Sejmowych. Komisja Nadzwyczajna do zbadania działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych. Nr. 1-8. 17.VIII.1989-9.X.1990*, Bd. I: *Protokół 6 posiedzenia Komisji Nadzwyczajnej do Zbadania Działalności Ministerstwa Spraw Wewnętrznych. 5 czerwca 1990 r.* [Protokolle der Sejmausschüsse. Protokoll der 6. Sitzung der Außerordentlichen Kommission zur Erforschung der Tätigkeit des Innenministeriums vom 5. Juni 1990], Bl. 210-331, hier Bl. 233 f.

⁸⁶ *Rok 1989. Geremek opowiada*, S. 306 f.; *Nałącz/Nałącz, Czas przełomu*, S. 164.

dem Fall der Berliner Mauer wurde dieses Kalkül hinfällig. Die nun anstehenden Reformen wurden vor allem von pragmatischen Überlegungen geleitet und durch das Zusammenwirken von Bürgerkomitee und Polizeigewerkschaften gestaltet. Ihren Zweck hatten beide Begriffe bereits erfüllt.

In all diesen Debatten spielte kaum eine Rolle, dass der Sejm die Republik Polen am 31. Dezember 1989 per Verfassungsänderung zum demokratischen Rechtsstaat erklärte. Dies war zunächst ein symbolischer Schritt. Er tilgte den bisherigen Begriff der Volksrepublik und schlug den Bogen zu den parlamentarischen Demokratien des Westens. Der Rechtsstaat war ein Zukunftsversprechen, und die Polizeireform war ein erster wichtiger Schritt, dieses Versprechen einzulösen. Die Frage, ob und wann mit der glücklich überwundenen Diktatur abgerechnet würde, war durch den bisherigen Sprachgebrauch vorerst vertagt worden. Hieraus entstand jene Hypothek, an der die junge polnische Demokratie bis heute zu tragen hat.

Abstract

Rule of Law, Legality and Depoliticization were key concepts in the negotiations at the Round Table, in the subsequent dissolution of the security apparatus and in the police reform of 1989/90. Based on published protocols and archival sources, the article explores the use of these concepts in rapidly changing contexts. It argues that the regime and the opposition attached different, even outright opposite meanings to these concepts, and used them accordingly. As it turned out, it was precisely these semantic cleavages which made an agreement possible in the first place. Key aspects of the regime change in 1989 were being shaped pragmatically, rather than on ideological grounds.